

Liebe Kollegin, lieber Kollege von der Post!  
Solltest du diese Zeitung nicht zustellen können, sende sie bitte an den Absender zurück!

# Wir FavoritnerInnen

Bezirksblatt der KPÖ-Favoriten  
mit Simmering-Nachrichten

April 2013

Erscheinungsort: Wien  
Verlagspostamt: 1100 Wien  
Österreichische Post AG  
Info.Mail Entgelt bezahlt

Impressum:  
Eigentümerin, Verlegerin: KPÖ-Wien  
1140 Wien, Drechslergasse 42

## Karl Steinhardt (1875–1963)

„Lebenserinnerungen eines Wiener Arbeiters“

Im Jänner 2013 jährte sich zum 50. Mal der Todestag von Karl Steinhardt (1875–1963), einer bedeutenden Persönlichkeit der österreichischen und internationalen ArbeiterInnenbewegung.

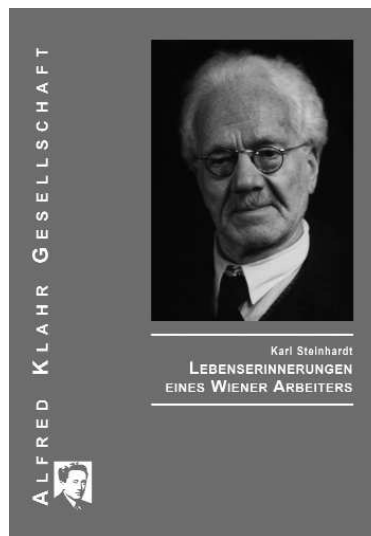
Als Buchdruckerlehrling gehörte Steinhardt zu den Pionieren der österreichischen ArbeiterInnen- und Gewerkschaftsbewegung. Im November 1918 war er einer der Mitbegründer der Kommunistischen Partei Österreichs. Nach der Befreiung Wiens im April 1945 amtierte er als Wiener Vizebürgermeister und Stadtrat für das Wohlfahrtswesen.

International ist er vor allem durch sein Auftreten am Gründungskongress der Kommunistischen Internationale im März 1919 in Moskau bekannt, als auf seinen Antrag hin die Komintern ins Leben gerufen wurde.

Anlässlich seines 50. Todestages hat die Alfred Klahr Gesellschaft Steinhardts 1950 geschriebene „Lebenserinnerungen“ veröffentlicht. Ihnen vorangestellt ist ein einleitender biographischer Abriss von Manfred Mugrauer.

---

Karl Steinhardt: Lebenserinnerungen eines Wiener Arbeiters, hg. und eingeleitet von Manfred Mugrauer. Wien: Alfred Klahr Gesellschaft 2013 (Biografische Texte zur Geschichte der österreichischen Arbeiterbewegung, Bd. 7) 320 S., mit zahlreichen Abbildungen, 15 Euro  
Bestellmöglichkeit: [klahr.gesellschaft@aon.at](mailto:klahr.gesellschaft@aon.at)



## 1.Mai-Feier

Beginn 15:00 Uhr

KPÖ-Bezirkslokal Herzgasse

Programm:

Der Historiker Manfred Mugrauer stellt sein neues Buch über Karl Steinhardt, KPÖ-Mitbegründer und Vizebürgermeister von Wien nach 1945, vor.

Musik, Buffet, gute Stimmung und gemütliches Besammensein

# Rechtsextremisten im Bundesheer

Von Ex-Minister Darabos wurden in den letzten Wochen zahlreiche Interviews veröffentlicht, sowohl als Ex-Minister als auch als neuer Bundesgeschäftsführer der SPÖ.

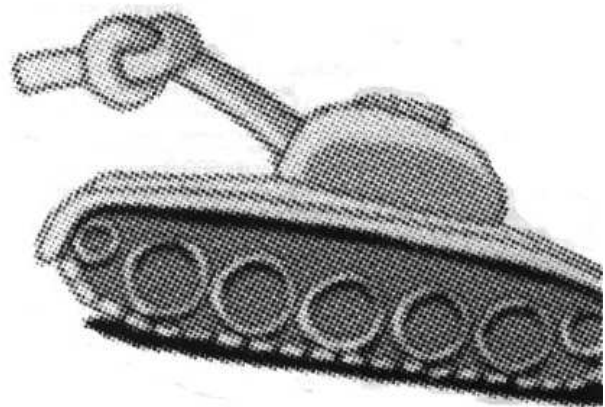
Eine Äußerung Darabos' in seinem Interview vom 8. März im Standard blieb allerdings in der Öffentlichkeit bisher unbeachtet. Darabos, der sich im Heeresministerium als „Störfaktor“ bezeichnete, wörtlich: „...Feinde hat mir auch meine Nulltoleranz gegen Rechtsextremismus eingehandelt. Ich habe versucht, mich zu arrangieren, das war ein Fehler.“

Diese Darstellung des Ex-Ministers wirft einige Fragen auf. Nicht sosehr seine Anpassung an die Atmosphäre des „Hauses“, das ist in Österreich sowieso üblich. Offen bleibt die Frage, wer und wo sind die Rechtsextremisten im Bundesheer oder gar im Ministerium? Warum nennt Darabos nicht die Fakten? Und wie geht der neue Minister, der laut Presseberichten sehr freundlich empfangen wurde, damit um?

Wer hat in der Vergangenheit rechtsextre-

mistische Kreise ins Bundesheer geschleust, sie gedeckt oder gar gefördert? Gab es diese Seilschaften? Und gibt es sie noch immer? Unter den Berufssoldaten? Unter den Offizieren? Unter den zeitverpflichteten Soldaten? Unter den Reserveoffizieren? In der Miliz? Im Heeresnachrichtendienst? Haben Rechtsextremisten Einfluss auf die Wehrdienstleistende?

Auch daher: Die sicherste Variante, damit das Bundesheer nicht weiter ein Hort von Rechtsextremisten bleibt, ist seine Abschaffung.



## Wohnen in Wien immer teurer

Seit 2007 sind die Mieten um 30,3 Prozent auf durchschnittlich 14,45 Euro pro Quadratmeter gestiegen und die Eigentumspreise um 31,1 Prozent auf 3.981 Euro pro Quadratmeter. Allein im abgelaufenen Jahr 2012 stiegen die Mieten um 9,8 Prozent.

Besonders teuer sind kleine Wohnungen unter 50 Quadratmeter und Wohnungen in bevorzugten Lagen. In den Innenstadt-Bezirken kostet der Quadratmeter im Schnitt 16,02 Euro und damit elf Prozent mehr als im Stadtmittel. Bei großen und sehr luxuriösen Wohneinheiten stagnieren hingegen die Mietpreise.

### **Kritik an Wiener Kommunalpolitik**

Für die Immobilienlobby ist klar: Es bedürfe neben gefördertem Wohnraum dringend mehr freien Wohnraums, daher müssten die Richtwerte angepasst und die sogenannten Friedenszinse (Billigmieten) gestrichen werden. Für sie müsste Schluss sein mit den „wahnwitzigen Hirngespinnsten von neokommunistischen Stadtpolitikern“.

Schon in den 1920er-Jahren erkannte das „Rote Wien“ wie wichtig kommunaler Wohnbau ist. Eine Rückbesinnung auf soziale Werte kann auch im 21. Jahrhundert nur von Vorteil sein.

# 90 Jahre Mietrecht in Österreich

Es wagt heute niemand ernsthaft der Ansicht zu widersprechen, dass das Recht auf eine – zeitgemäße – Wohnung ein Menschenrecht ist. Bis zur Verwirklichung dieses Rechts ist es allerdings noch sehr weit.

Nach wie vor gibt es – vor allem in städtischen Ballungszentren – nicht nur einen qualitativen, sondern auch einen quantitativen Wohnungsmangel. Viele Menschen können sich eine ihren Anforderungen entsprechende Wohnung nicht leisten.

So berichtet eine Gewerkschaftszeitung im November d. J., dass in Österreich 456.000 Menschen, darunter 199.000 Kinder, in zu engen und überbelegten Wohnungen leben.

Unbestritten hat sich hier in den letzten knapp hundert Jahren vieles zum Besseren entwickelt. Von einer stetigen Entwicklung, von der man eine baldige Lösung des Problems erwarten kann, ist aber leider keine Rede.

Im Dezember 1922 hat der Nationalrat der jungen Republik das Mietengesetz erlassen, welches bis zum 31. Dezember 1981 in Geltung stehen sollte und im Wesentlichen sogar gegolten hat, als Österreich als selbständiger Staat zu bestehen aufgehört hatte. Mit dem Mietengesetz, das zunächst allerdings nur für bis 1917 errichtete Objekte gegolten hat, sollten zwei wesentliche Wirkungen erzielt werden: Einerseits ein starker Schutz der Mieter durch eine weitgehende Einschränkung des Kündigungsrechtes der Vermieter – sowohl von Wohnungen als auch Geschäftsräumen – und andererseits die Möglichkeit der Instandhaltung der Häuser durch eine zeitgemäße Umstellung der Bestimmungen über die Höhe des Mietzinses. Verträge konnten vom Vermieter nun nur noch bei Vorliegen wichtiger im Gesetz aufgezählter Gründe beendet werden, die Mietzinse orientierten sich im Wesentlichen auf dem, was im August 1914 („Friedenskrone“) tatsächlich bezahlt worden war.

Das hatte auch die – durchaus gewünschte – Wirkung, dass die private Bautätigkeit, die vor dem Ausbruch des ersten Weltkriegs äußerst lukrativ gewesen war, ziemlich unrentabel wurde. Vorher wertvolles Bauland verlor dadurch gewaltig an Wert (oft um bis zu neunzig Prozent!) und wurde damit billiger, was vor allem für die Gemeinden, die sich dem sozialen Wohnbau verschrieben hatten, günstig gewesen ist, sind sie doch dadurch verhältnismäßig billig zu Grundstücken gekommen. So konnte beispielsweise die Gemeinde Wien 377 Wohnhausanlagen mit mehr als 60.000 Wohnungen in den Jahren 1919 bis 1934 errichten!

Nicht unwesentlich war auch, dass die Stadt Wien ihr Wohnbauprogramm nicht durch Anleihen, sondern durch Steuereinnahmen finanzierte, also sich mit ihrem Wohnbauprogramm – ganz zum Unterschied zum kommunalen Wohnbau der letzten Jahre und Jahrzehnte – nicht verschuldet hat, sondern sich das Geld bei den Unternehmern, die es sich leisten konnten, geholt hat.

Es kann nicht geleugnet werden, dass das Mietengesetz in den 1970er-Jahren allmählich nicht mehr den geänderten gesellschaftlichen Verhältnissen und Bedürfnissen entsprochen hat, weswegen auch Bestrebungen zu einer völligen Neugestaltung des Mietrechts bestanden haben. Nachdem diese jahrelang auf Grund unterschiedlicher Vorstellungen der politischen Parteien zu keiner gesetzlichen Regelung geführt haben, ist dann im Jahre 1981 unter der Führung des damaligen Justizministers Dr. Broda innerhalb weniger Monate das Mietrechtsgesetz geschaffen worden, das am 1. Jänner 1982 in Kraft getreten ist und nach rund dreißig, teils gravierenden Änderungen heute noch gilt.

Eines haben aber die zahllosen Änderungen allesamt nicht zu bewirken vermocht: nämlich, dass die Wohnung nicht mehr Ware ist und sich jeder ein zeitgemäßes Zuhause leisten kann. Es darf bezweifelt werden, dass dieses Ziel durch das Mietrechtsgesetz – wie immer man es auch ändert – erreicht werden kann.

Wirklich lösbar ist das Problem nur durch eine Rückkehr zum sozialen Wohnbau, zur Errichtung zeitgemäßer und leistbarer Wohnungen durch die öffentliche Hand. Dies setzt allerdings voraus, dass dem Bund, den Ländern und Gemeinden ausreichend Geld zur Verfügung stünde, um die Bautätigkeit zu finanzieren. Dies wird solange nicht der Fall sein, als sich der Gesetzgeber nicht dazu durchringen kann, Steuergesetze zu schaffen, auf Grund derer die Mittel von dort geholt werden, wo sie reichlich vorhanden sind, anstatt den Mittelstand sukzessive in die Armut zu treiben.

Gewisse Verbesserungen für die Mieter könnten allerdings relativ einfach herbeigeführt werden, indem zum einen wieder – je nach Qualität der Wohnung – Mietzinsobergrenzen eingeführt werden und diese vor allem für alle zur Vermietung gelangenden Objekte Anwendung finden. Solange Einfamilienhäuser, Eigentumswohnungen, ausgebaute Dachböden usw. keiner Mietzinsregelung unterliegen, dürfen sich die Politiker, die jetzt nach Obergrenzen, Transparenz usw. rufen, nicht wundern, dass das Wohnen für immer mehr ÖsterreicherInnen immer weniger leistbar ist.

# Aufruf zur Demonstration am 1. Mai 2013

Die dramatischen Folgen der Weltwirtschaftskrise – über 400.000 Menschen waren im Februar dieses Jahres in Österreich arbeitslos – sind auch in Österreich noch immer deutlich spürbar. Zudem wurden der großen Mehrheit der Bevölkerung seit 2010 zwei Sparpakete aufgezwungen, obwohl alle Statistiken zeigen, dass die Kluft zwischen Superreichen und der Mehrheit der Bevölkerung weiter auseinander geht.

Die zehn reichsten ÖsterreicherInnen besitzen, wie erst jüngst wieder ermittelt wurde, ein Vermögen von unglaublichen 21 Milliarden Euro. Zugleich steigen die Löhne nur minimal, zugleich waren 2012 fast 100.000 Menschen von einer Sperre des Arbeitslosengeldes oder der Notstandshilfe, verhängt vom AMS wegen z.B. versäumter Termine, betroffen.

## Wir stellen daher folgende Forderungen auf:

# Steuererhöhungen für Superreiche und große Unternehmen auf den EU-Durchschnitt – was jährlich mehrere Milliarden Euro an zusätzlichen Steuereinnahmen bringen würde.

# Erhöhung der Körperschaftssteuer auf 34 Prozent, so wie es bis 2004 der Fall war, und Abschaffung der Gruppenbesteuerung, welche große Unternehmen privilegiert.

# Aufhebung der unakzeptablen Privilegien der rund 3.300 Privatstiftungen, in welchen geschätzte 80 Milliarden Euro steuerschonend deponiert sind.

# Lohnerhöhungen über der Inflationsrate unter Berücksichtigung des Produktivitätszuwachses.

# Radikale Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich und Einführung eines Mindestlohns von 10.- Euro pro Stunde.

# Erhöhung und jährliche Anpassung des Arbeitslosengeldes, welches deutlich unter dem EU-Durchschnitt liegt, sowie der Mindestsicherung, die gegenwärtig weit unter der Armutsgrenze liegt.

# Wir fordern die Einführung einer Energiegrund-sicherung, damit kein Mensch in Österreich im Winter frieren muss.

# Und wir stehen für die Verteidigung und den Ausbau kommunalen und staatlichen Eigentums statt weiterer Privatisierungen, denn „Was alle brauchen soll auch allen gehören“.

## Wir demonstrieren zugleich – auch für:

# Eine Gesellschaft, die die Gleichheit aller Frauen und Männer unabhängig von ihrer Herkunft und ihrem religiösen Bekenntnis gewährleistet.

# Für eine Gesellschaft, die das Selbstbestimmungsrecht der Frauen anerkennt und den Männern den Zugang zur Reproduktionsarbeit erleichtert.

# Eine Einwanderungs- und Asylpolitik, die die Menschenrechte respektiert, sowie gleiche Rechte für alle in Österreich lebenden Menschen.

# Eine Gesellschaft, in der demokratische Mitsprache und Partizipation eine Selbstverständlichkeit sind und Telefonüberwachung, Computer-Spionage und undemokratische Wahlsysteme der Vergangenheit angehören.

# Eine Welt, in der die Ausbeutung der Länder des Trikonts passé ist – eine Welt, in der das Recht der/des Einzelnen, sich zu verwirklichen, die Voraussetzung für die Freiheit aller ist.

## Das Personenkomitee 1. Mai 2013 ruft zur gemeinsamen Demonstration in Wien auf

Heidi Ambrosch, Eva Brenner, Susanne Empacher, Karin Gayer, Roman Gutsch, Robert Hobek, Josef Iraschko, Fuad Jaber, Wolf Jurjans, Werner Lang, Rudi Lasselsberger, Peter Ulrich Lehner, Sigi Maron, Jutta Matysek, Melitta Nicponsky, Andreas Pecha, Alois Reisenbichler, Natascha Wanek, Didi Zach.

## Unterstützende Organisationen:

Friedensinitiative 22, Gewerkschaftlicher Linksblock (GLB), Hiroshima-Gruppe Wien, KPÖ-Wien, KSI - Kommunistische SchülerInnen Initiative, Sympathisanten der Tudeh Partei Iran in Österreich, Wiener Friedensbewegung.

